

Wolfgang Muno

Reformpolitik in jungen Demokratien

Vetospieler, Politikblockaden
und Reformen in Argentinien,
Uruguay und Thailand

POLITIK IN AFRIKA, ASIEN UND LATEINAMERIKA



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

#6
Pöhlke / 2/6/2014

#1

Devisen in Argentinien

(vgl. Cox/Morgenstern 2001, ausführlicher Morgenstern/Nacif 2001). Magar hält den argentinischen Kongress sogar für „rather proactive“, auch im lateinamerikanischen Vergleich (Magar 2001: 41). Ob nur reaktiv oder gar proaktiv, zumindest hat die Legislative eine größere Bedeutung gehabt, als Studien, die den Dekretismus betonen, ihr häufig zugestehen. Indiz für diese Bedeutung ist die Tatsache, dass zwischen 1989 und 1994, also in der ersten Amtszeit Menems, nur 46 Prozent der vom Kongress verabschiedeten Gesetze auf eine Initiative der Exekutive zurückgingen. Lässt man internationale Abkommen außen vor, so wurden zwischen 1992 und 1994 sogar lediglich 29 Prozent der verabschiedeten Gesetze von der Exekutive initiiert, davon wurden etwa 46 Prozent durch den Kongress noch einmal modifiziert (vgl. Bambaci et al. 1999: 29, Molinelli 1996: 62f.). Hier zeigte sich die Gestaltungs- und Verhinderungsmacht des Kongresses, die schon Alfonsín zu spüren bekam. Laut Magar ist das Policy-making in der ersten Amtszeit Menems durch drei etwa gleich bedeutende Maßnahmen gekennzeichnet: Notstandsdekrete, Gesetzesinitiativen des Präsidenten und Initiativen des Kongresses (vgl. Magar 2001: 43). Bedenkt man, dass der Dekretismus seine Hochzeit zwischen 1989 und 1991 hatte, so ist davon auszugehen, dass nach 1991 die anderen beiden Maßnahmen an Bedeutung gewannen. Corrales sprach für die Zeit nach 1991 von einem „tacit pact“ zwischen der Exekutive und der PJ (Corrales 2000: 137):

„Ministers and reforms would go to congress more frequently; legislators would be allowed to introduce modifications in the proposed bills and even halt progress on labor market reforms; but the executive reserved the right to veto all or part of congressional output. After 1991 the authorities from the ministry of the economy gave the most frequent depositions in congress in recent Argentine history, consistent with the new tacit pact. These new rules of executive-ruling party relations pleased the PJ. Allowing PJ legislators to present modifications to laws gave the PJ both a say in the reform process and an opportunity to save face vis-à-vis their clients. The „you modify, I might veto“ formula proved more functional to the clientelistic interests of the party than the „you watch, I decree“ scheme that prevailed during first years of reforms. The latter formula highlighted the irrelevance of legislators, while the former allowed the party to present itself as an influential player“.

Auch mit den Gewerkschaften wurde nun mehr verhandelt. Durch die Wiedervereinigung konnte die CGT ihre Verhandlungsmacht stärken und drängte auf Gespräche mit der Regierung. Anfangs noch ignoriert, zeigt die CGT ihr Wiedererstarken durch den Generalstreik vom November 1992, dem einzigen in Menems erster Amtsperiode. Anlass des Streiks war das Vorhaben der Regierung, das Rentensystem und das Arbeitsrecht zu reformieren. Nach dem Streik berief Menem eine Kommission, bestehend aus Regierungsvertretern, Unternehmern und Gewerkschaftern, ein, die einen Kompromiss bezüglich der Reform des Rentensystems aushandelte (vgl. Madrid 2000: 15).⁶² Die Reform des Arbeitsrechts sollte fortführen, was durch das Mega-Dekret im Oktober 1991 begonnen worden war: die Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen. Vorgesehen war diesmal eine Flexibilisierung besonders im Bereich der PYMES. Die Ablehnung der Gewerkschaften und der Generalstreik führten Ende 1993 zum Rücktritt des Arbeitsministers Enrique Rodríguez. Sein Nachfolger Caro Figueroa handelte 1994 einen Kompromiss mit den Gewerkschaften aus, der zwar von

⁶² Der Kompromiss sah eine Teilprivatisierung des Rentensystems vor, gab aber den Gewerkschaften die Möglichkeit, an dieser Privatisierung in Form eigener Rentenfonds zu partizipieren.